

volkshilfe.

FRAGEN & ANTWORTEN

ZUR SOZIALHILFE



Die Sozialhilfe* bildet das letzte Netz in unserem Sozialsystem – sie greift, wenn alle anderen Sicherungen versagen. Trotzdem wird sie seit Jahren geschwächt, gekürzt und stigmatisiert. Statt Sicherheit zu geben, wird Unsicherheit produziert.

Kaum ein soziales Thema wird so verzerrt diskutiert wie die Sozialhilfe. Zwischen Schlagzeilen über „soziale Hängematten“ und vermeintlichen Missbrauch gehen die Fakten oft unter – und mit ihnen die Stimmen der Bezieher*innen. Der Diskurs ist von Mythen geprägt, die Misstrauen schüren statt Verständnis schaffen.

Wir wollen zu einer Versachlichung der Debatte beitragen. Wir liefern Zahlen, entkräften Mythen und zeigen, worum es wirklich geht: um Menschen, ihre Rechte und um **einen Sozialstaat, der hält, was er verspricht.**

*Beziehungsweise die Mindestsicherung (Wien, Tirol), Sozialunterstützung (Burgenland, Steiermark und Salzburg); im Folgenden wird der Sammelbegriff Sozialhilfe verwendet.

Was ist die Sozialhilfe – und warum brauchen wir sie?

1

Die Sozialhilfe ist das **letzte Netz unseres Sozialstaats**.

Sie schützt Menschen, die in Not geraten – etwa durch Jobverlust, Krankheit oder Trennung – insbesondere dann, wenn andere Sozialleistungen nicht oder nicht ausreichend greifen. Sie soll das Existenzminimum sichern: Wohnen, Ernährung, Kleidung, soziale Teilhabe. Doch die Höhe der derzeitigen Sozialhilfe ist **nicht armutsfest** – sie liegt unter der Armutsgefährdungsschwelle und reicht oft nicht zum Leben. Die Sozialhilfe verhindert Armut nicht, sie verwaltet Armut.

Die Volkshilfe fordert daher eine tiefgreifende Reform: eine **einheitliche, existenzsichernde Mindestsicherung**, die Menschen nicht bestraft, sondern stärkt – und ihnen ermöglicht, wieder auf eigenen Beinen zu stehen.

Wer bekommt Sozialhilfe – und wer nicht?

2

Sozialhilfe erhalten Erwachsene, die ihren Lebensunterhalt (und gegebenenfalls den ihrer Kinder) nicht (ausreichend) aus Erwerbsarbeit, Ersparnissen, Sozialversicherungsleistungen oder Unterhaltszahlungen von Angehörigen bestreiten können.

Im Jahr 2024 bezogen rund 206.000 Personen in Österreich Sozialhilfe – das sind **nur 2,2 % der Bevölkerung**. Der Anteil weiblicher und männlicher Bezieher*innen beträgt jeweils rund 50 %. Ein Drittel aller Personen in der Sozialhilfe sind Kinder (BMASGPK 2025).

Asylwerber*innen haben – entgegen einem weitverbreiteten Mythos – **keinen Zugang zur Sozialhilfe**. Sie leben während des Verfahrens ausschließlich von der deutlich niedrigeren Grundversorgung und dürfen in dieser Zeit de facto nicht arbeiten.

Häufig wird thematisiert, dass rund 44 % der erwachsenen Sozialhilfebeziehenden Asylberechtigte oder subsidiär Schutzberechtigte sind. Dabei wird oft übersehen, dass diese während des Asylverfahrens in der Regel **keinen Zugang zum Arbeitsmarkt** haben und erst nach einem positiven Bescheid mit der Jobsuche beginnen können. Niemand findet von heute auf morgen eine Beschäftigung. Schon gar nicht nach langen Verfahren oder unter einer schwierigen Wirtschaftslage. Deshalb beziehen viele anerkannte Schutzberechtigte zunächst **Sozialhilfe, um Grundbedürfnisse wie Nahrung und Wohnen finanzieren** zu können, bis ihnen der Einstieg in den Arbeitsmarkt gelingt.

Reicht die Sozialhilfe zum Leben?

3

Der monatliche Richtsatz lag 2026 bei rund **1.230 € netto**, die **Armutsgefährdungsschwelle für 2024** jedoch bei **1.661 €**. Wenig überraschend haben Sozialhilfebeziehende deshalb ein besonders hohes Armutsgefährdungsrisiko.

Wer von Sozialhilfe leben muss, kann die laufenden Kosten für Miete, Energie, Gesundheit, Lebensmittel oder Bildung kaum decken. Das hat zur Konsequenz, dass soziale Teilhabe erschwert und soziale Ausgrenzung befördert wird. Das führt häufig auch dazu, dass nachfolgende Generationen nicht aus der Armut ausbrechen können.

Personen und Haushalte mit Sozialhilfebezug haben ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko (BMASGPK 2025). Zwar reduziert die Sozialhilfe die Armutsgefährdungsquote, **generell armutsfest ist sie aber nicht** (Mayrhuber et al. 2023).

Ist die Sozialhilfe wirklich eine „Hilfsleistung“?

4

Die 2010 eingeführte **Mindestsicherung** wurde geschaffen, um Menschen in Notlagen abzusichern – als Recht auf **Existenzsicherung**. Sie sollte Armut verhindern, nicht nur lindern. Damit war damit ein wichtiger Schritt in Richtung eines armutsfesten Systems.

Mit der Sozialhilfe-Reform 2019 unter der schwarz-blauen Regierung wurde dieser Schritt zurückgenommen. Zudem ist Armutsbekämpfung nicht mehr als ein explizites Ziel im Sozialhilfegesetz festgehalten.

Die Sozialhilfe wird heute vor allem unter **rassistischen Vorzeichen debattiert**: als Sozialleistung, die nur von Menschen mit Migrationshintergrund bezogen wird, weil sich diese angeblich nicht in die Gesellschaft oder den Arbeitsmarkt integrieren würden. Menschen mit Migrationsgeschichte erbringen zum Beispiel in Wien 40 % der geleisteten Arbeitsstunden, wie eine Studie des WIFO zeigt (Ebner-Zarl et al. 2025).

Die Sozialhilfe ist kein Gnadentat, sondern entspricht dem **Recht auf soziale Sicherheit** – verankert in internationalen Menschenrechtsabkommen, die auch für Österreich gilt.

Stimmt es, dass viele Sozialhilfe-Beziehende „nicht arbeiten wollen“?

5

Die Behauptung, dass viele Sozialhilfe-Beziehende „nicht arbeiten wollen“ ist **falsch und widerlegt**.

Um Sozialhilfe beziehen zu können, ist grundsätzlich **Arbeitswilligkeit bei erwerbsfähigen Beziehenden eine Voraussetzung**.

Mehr als die Hälfte (56 %) der Sozialhilfebeziehenden steht dem Arbeitsmarkt gar nicht zur Verfügung – etwa wegen Sorgearbeit, Krankheit, Alter oder weil sie noch Kinder sind. Von jenen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, gehen 19 % einer Erwerbstätigkeit nach, verdienen aber so wenig, dass ihr Einkommen nicht zum Leben reicht und sie deswegen auf eine Aufstockung durch die Sozialhilfe angewiesen sind (BMASGPK 2025).

Nur 28 % der Bedarfsgemeinschaften erhalten vollumfänglich Sozialhilfe, 72 % beziehen sie ergänzend zu Lohn, Arbeitslosengeld oder anderen Leistungen (BMASGPK 2025).

Arbeit selbst muss wieder existenzsichernd sein.

Warum ist das Bild von der „sozialen Hängematte“ Unsinn?

6

Die Sozialhilfe liegt weit unter dem durchschnittlichen Erwerbseinkommen und der Armutsgefährdungsschwelle.

Die Zahlen für 2024 zeigen:

Durchschnittliche Leistungshöhe der Sozialhilfe für alleinstehende Erwachsene (bei Vollbezug)	Armutsgefährdungsschwelle für einen Einpersonenhaushalt
1.122 €	1.661 €
Durchschnittliche Leistungshöhe der Sozialhilfe für Paare mit 2 Kindern (bei Vollbezug)	Armutsgefährdungsschwelle für einen Einpersonenhaushalt
2.338 € (BMASGPK 2025)	3.488 € (Statistik Austria 2025a)

Wer arbeitet, hat in der Regel deutlich mehr zum Leben – das System schafft also keine Anreize zum „Nichtstun“, sondern stellt eine minimale Absicherung dar, wenn alles andere wegbricht. Das mittlere verfügbare Nettohaushaltseinkommen für einen Mehrpersonenhaushalt mit zwei Kindern lag 2024 bei 75.608 €. Das entspricht einem Jahreszwölftel von mehr als 6.300 € und inkludiert anteilig das Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie alle Transferleistungen, z.B. die Familienbeihilfe (Statistik Austria 2025b).

Zudem gilt: Nur wer dem Arbeitsmarkt oder Schulungsmaßnahmen zur Verfügung steht, erhält die volle Leistung. Ansonsten drohen Kürzungen.

Armut ist kein Lebensstil, sondern eine tägliche Belastung.

Wird die Sozialhilfe missbraucht?

7

Die Fakten sprechen eine klare Sprache: 2023 wurden in Wien **617 Verdachtsfälle** von Sozialbetrug gemeldet, in **108 Fällen** kam es zu Rückforderungen (Der Standard 2025) – das entspricht weniger als **0,08 %** aller Bezieher*innen. Von „massivem Missbrauch“ kann also keine Rede sein. Außerdem weist Österreich laut Zahlen des Innenministeriums bei Sozialbetrug im Allgemeinen eine Aufklärungsquote von fast 100 % auf (BMI 2025).

Die Realität ist zudem, dass **viele Anspruchsberechtigte die Hilfe gar nicht beantragen**. Die sogenannte Non-Take-Up-Rate liegt bei rund 30 % (Fuchs et al. 2019) – aufgrund von Scham, Angst vor Stigmatisierung oder auch wegen komplizierter Verfahren (Eurofound 2015).

Der Mythos vom „Sozialmissbrauch“ lenkt von den echten Herausforderungen ab: zu niedrigen Leistungen, bürokratischen Hürden und starke Stigmatisierung. Deshalb braucht es ein System, das Menschen unterstützt, statt sie zu beschämen.

Warum sind so viele Kinder in der Sozialhilfe?

8

Rund **35 % der Sozialhilfebeziehenden sind minderjährige Kinder** – das liegt gerade daran, dass Kinder selbst ein Armutsrisiko darstellen. Kinderbetreuung ist in vielen Bundesländern teuer, Plätze fehlen vor allem für unter 3-Jährige, und viele Eltern – besonders Alleinerziehende – können deshalb nicht voll arbeiten.

Die Vorstellung von dramatisch vielen „Großfamilien in der Sozialhilfe“ ist ein Mythos: In Österreich gibt es 1,4 Millionen Familien mit Kindern, aber nur 2,7 % davon haben vier oder mehr Kinder (Statistik Austria 2025b). Dabei bezieht nicht einmal jede zehnte kinderreiche Familie in Österreich Mindestsicherung oder Sozialhilfe (Riederer 2023).

In Wien gab es 2024 gerade einmal 120 Familien mit sieben Kindern, die Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung erhielten – 110 davon bezogen zusätzlich ein Erwerbseinkommen, nur in 10 Familien war dies nicht der Fall (Der Standard 2024).

Kommt das Geld für Kinder in der Sozialhilfe überhaupt bei ihnen an?

9

Ja. Arm sein bedeutet nicht, schlecht mit Geld umgehen zu können.

Studien zeigen, dass armutsbetroffene Eltern äußerst sorgfältig mit ihrem Budget haushalten. Viele sparen bei sich selbst, damit ihre Kinder genug zu essen haben oder an Aktivitäten teilnehmen können (u.a. Andresen/Galic 2015; Diakonisches Werk 2011). Dies deckt sich auch mit unseren Erfahrungen und Beobachtungen als Sozialorganisation – und mit unseren eigenen Forschungsergebnissen.

Gutscheine oder Sachleistungen können kurzfristig helfen, ersetzen aber keine eigenständige finanzielle Absicherung. **Eltern wissen, was ihre Kinder am dringendsten brauchen**, und sollten diese Entscheidungen – auch unter altersgerechter Einbeziehung ihrer Kinder – treffen können.

Selbstverständlich braucht es zusätzlich eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur – kostenlose Kinderbetreuung, Gesundheitsversorgung, Freizeitangebote. Doch das eine ersetzt das andere nicht. Und: Beides gehört zu einer effektiven Kindergrundsicherung.

Liegen Sozialhilfeempfänger*innen dem Staat auf der Tasche?

10

Sozialhilfe-Beziehende bekommen nur das absolute Minimum, um zu überleben. Die Ausgaben für Sozialhilfe machen gerade einmal **0,8 % der gesamten Sozialausgaben** aus (sozialleistungen.at 2025) und 0,27 % des BIP. Der Großteil der Beziehenden lebt in prekären Verhältnissen, einige gehen einer Erwerbsarbeit nach, andere leisten Sorgearbeit für Kinder und Angehörige. Niemand wird durch die Sozialhilfe „reich“.

Wodurch dem Staat wirklich viel Geld entgeht ist die mangelhafte Besteuerung von Vermögen. **Das reichste 1 %** besitzt fast **40 % des Vermögens**, zahlt aber kaum vermögensbezogene Steuern – nur **1,4 %** des Steueraufkommens stammen daraus (Arbeiterkammer 2025).

Nicht die Empfänger*innen schwächen den Sozialstaat, sondern die soziale Ungleichheit. Letztere zu bekämpfen heißt, **unsere Zukunft zu sichern**.

Muss bei der Sozialhilfe wirklich gespart werden?

11

Nein. Bei jenen, die ohnehin am wenigsten haben, darf nicht gespart werden.

Sparen am Sozialstaat bedeutet, Armut und Ungleichheit zu vergrößern. Kinderarmut verursacht jährliche Folgekosten in der Höhe von 3,6 % des BIP, was 2024 18 Milliarden € entsprach – durch Gesundheitskosten, Sozialtransfers, wirtschaftliche Effekte, fehlende Steuereinnahmen oder auch Einkommensnachteile für Betroffene (OECD 2023). Wer Sozialleistungen kürzt, treibt die gesellschaftlichen Kosten langfristig nach oben – durch höhere Gesundheitsausgaben, Bildungsdefizite und soziale Spannungen.

Statt zu kürzen, braucht es mehr Einnahmen dort, wo sie möglich und gerecht sind: bei großen Vermögen, Erbschaften und Übergewinnen.

Denn ein starker Sozialstaat ist die beste Investition in Stabilität und Zukunft.

Warum ist Armut in Österreich trotz Sozialstaat noch immer ein Problem?

12

Viele Sicherungssysteme sind zu schwach geworden.

Niedriglöhne, geringes Arbeitslosengeld und niedrige Sozialleistungen halten mit den Lebenshaltungskosten, besonders angesichts der Teuerung, nicht mehr Schritt. Die Sozialhilfe soll die letzte Absicherung sein, doch sie ist zu niedrig, zu kompliziert und stigmatisiert.

Rund **1,3 Millionen Menschen in Österreich sind armutsgefährdet**, darunter 295.000. Kinder unter 18 Jahre. Ohne Sozialleistungen wären es 566.000 und damit jedes dritte Kind (Statistik Austria 2025).

Das zeigt: Unser Sozialsystem federt vieles ab, aber seine Wirkung wird geschwächt, wenn an den falschen Stellen gespart wird.

Um Armut wirklich abzuschaffen, braucht es den Ausbau des Sozialstaats – nicht seinen Rückbau.

Kann Arbeit vor Armut schützen?

13

Nur teilweise.

In Österreich gelten rund **304.000 Menschen als Working Poor**. Sie arbeiten, gelten aber trotzdem als armutsgefährdet. Etwa **168.000 davon arbeiten Vollzeit** (Statistik Austria 2025). Niedrige Löhne, fehlende Vollzeitstellen und hohe Lebenshaltungskosten führen dazu, dass selbst Erwerbstätigkeit kein Garant mehr für finanzielle Sicherheit ist.

Es ist ein Irrglaube, dass Druck durch geringere Sozialleistungen und Sanktionen Menschen nachhaltig in Arbeit bringt. Das WIFO weist darauf hin, dass im österreichischen Arbeitsmarktsystem nicht zusätzliche Sanktionen, sondern qualitativ hochwertige Beratung und Qualifizierung sich positiv auf die (vor allem mittel- und langfristige) Erwerbstätigkeit auswirken (Eppel et al. 2025). Hoher Druck hingegen drängt Betroffene in prekäre Beschäftigungsverhältnisse und in Jobs, die Menschen nicht aus der Armut befördern, sondern in Armut halten, wie eine Analyse aus Deutschland zeigt (Spannagel et al. 2017).

Was Menschen wirklich hilft: **gerechte Löhne, leistbares Wohnen und eine starke soziale Absicherung**. Sie schaffen jene Sicherheit, die Menschen befähigt, sich zu qualifizieren, Arbeit aufzunehmen und zu halten.

Warum ist eine starke Sozialhilfe wichtig für die ganze Gesellschaft?

14

Eine starke Sozialhilfe schützt nicht nur Einzelpersonen, sondern **unser Miteinander als Gesellschaft**. Denn sie verhindert das Abrutschen in Armut, das viele Menschen treffen kann – etwa in Notsituationen.

Außerdem verhindert eine armutsfeste Sozialhilfe gesellschaftliche Folgekosten. Allein die gesellschaftlichen **Folgekosten von Kinderarmut schätzt die OECD auf 3,6 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP)** jährlich. Zu diesen Folgekosten gehören etwa die verringerten Einnahmen aus der Einkommenssteuer, Gesundheitskosten oder auch notwendige staatliche Transferleistungen (OECD 2023). Studien zeigen, dass finanziell benachteiligte Kinder später mit höherer Wahrscheinlichkeit selbst auf Sozialleistungen wie Bürgergeld angewiesen sind (z.B. Volf/Sthamer/Laubstein/Holz/Bernard 2019).

Kurz gesagt: Armutsprävention und -bekämpfung sind auch für die Volkswirtschaft sinnvoll.

Was hat die Sozialhilfe mit der Kindergrundsicherung zu tun?

15

Ein Drittel der Sozialhilfebeziehenden sind Kinder – sie geraten dorthin, weil sich ihre Eltern in einer finanziellen Notlage befinden. Damit werden sie zu „Mitbetroffenen“ eines Systems, das als letztes Auffangnetz Armut nicht effektiv verhindert und damit die Chancen und Möglichkeiten für soziale Teilhabe, Gesundheit und Bildung beschneidet.

Kinder haben ein selbständiges Recht auf soziale Sicherheit – unabhängig vom Einkommen oder Status ihrer Eltern. Darum fordert die Volkshilfe auch, die Kinder aus der Sozialhilfe herauszunehmen und in eine **Kindergrundsicherung** zu überführen.

Diese würde allen Kindern eine existenzsichernde Leistung garantieren und Armut gar nicht erst entstehen lassen. Denn Kinder sind keine Anhängsel ihrer Eltern, sondern eigenständige Menschen mit eigenen Rechten und Anspruch auf Chancen, Würde und Zukunft.*

*Weitere Informationen können in unserer Broschüre zur Kindergrundsicherung nachgelesen werden (www.volkshilfe.at)

Was fordert die Volkshilfe konkret?

16

Die Volkshilfe fordert eine Rückkehr zu einer **echten Mindestsicherung** – und damit zu einem sozialen Netz, das das Mindeste sichert:

- **Mindeststandards** statt Höchstsätze, österreichweit einheitlich.
- Armutsfeste Unterstützung, die sich an **realen Lebenshaltungskosten** orientiert – also nicht am Ausgleichszulagenrichtsatz, sondern bspw. an den Referenzbudgets der Schuldenberatung.
- **Keine Anrechnung** von Familienbeihilfe, Wohnbeihilfe oder Spenden.
- Kinder aus der Sozialhilfe herausnehmen und in eine echte **Kindergrundsicherung** überführen.
- **Vereinfachung der Antragstellung** („One Stop Shop“) und Verkürzung der Bearbeitungszeit auf max. 1 Monat.
- Anspruch auch für **subsidiär Schutzberechtigte**.

Eine Gesellschaft zeigt ihren wahren Charakter darin, wie sie mit jenen umgeht, die Unterstützung brauchen.

Literaturliste

Andresen, Sabine/Galic, Danijela (2015). Kinder. Armut. Familie. Alltagsbewältigung und Wege zu wirksamer Unterstützung. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Arbeiterkammer 2025. Fakten & Mythen zur Vermögenssteuer. Online verfügbar: https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/steuergerechtigkeit/Fakten_und_Mythen_zur_Vermögenssteuer.html, abgerufen am 02.02.2026.

BMSGPK (2025). Mindestsicherung und Sozialhilfe: Leistungsbezug und Lebensbedingungen. Ergebnisse und Analysen aus der Mindestsicherungs- und Sozialhilfestatistik 2024 und aus EU-SILC 2022 bis 2024. Wien: Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK)

BMI (2025). Task Force SOLBE – Bilanz 2024: Konsequente Bekämpfung von Sozialleistungsbetrug in Österreich. Online verfügbar: <https://www.bundeskriminalamt.at/news.aspx?id=494C72326B2B664B495A413D>, abgerufen am 02.02.2026.

Der Standard (2024). Sozialstaat im Fokus: 4600 Euro Mindestsicherung für Großfamilie: Echtes Problem oder Neiddebatte? Online verfügbar: <https://www.derstandard.at/story/3000000230845/4600-euro-mindestsicherung-fuer-grossfamilie-echtes-problem-oder-neiddebatte>, abgerufen am 02.02.2026.

Der Standard (2025). Hohe Leistungen, hohe Kosten: Wiens Mindestsicherung als ewiger Streitfall. Online verfügbar: <https://www.derstandard.at/story/3000000272349/hohe-leistungen-hohe-kosten-wiens-mindestsicherung-als-ewiger-streitfall>, abgerufen am 02.02.2026.

Diakonisches Werk (2011). Wirksame Wege für Familien mit geringem Einkommen im Braunschweiger Land gestalten. Braunschweig. Online verfügbar: <https://www.diakonie-im-braunschweiger-land.de/wirksame-wege-gestalten-2021.html>, abgerufen am 02.02.2026.

Ebner-Zar, Astrid / Huber, Peter / Glaser, Harald / Schönherr, Daniel (2025). Erwerbstätige mit Migrationshintergrund in Wien. Beitrag zur Wirtschaft und Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt. WIFO Monatsberichte 2/2025, S. 93-104. Online verfügbar: https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-6918/mb_2025_02_04_migrant_innen_wien.pdf, abgerufen am 02.02.2026.

Eppel, Rainer / Mahringer, Helmut / Sauer, Petra (2025). Österreich 2025 – Arbeitslosigkeit und die Rolle der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Online verfügbar: https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-7418/mb_2017_06_05_oe2025_arbeitsmarktpolitik_-2.pdf, abgerufen am 02.02.2026.

Eurofound (2015). Access to social benefits: Reducing non-take-up, Publications Office of the European Union, Luxembourg. Online verfügbar: <https://www.eurofound.europa.eu/en/publications/all/access-social-benefits-reducing-non-take-up>, abgerufen am 02.02.2026.

Fuchs, Michael / Hollan, Katarina / Gasior, Katrin / Premrov, Tamara / Scoppetta, Anette (2019). Falling through the social safety net? The case of non-take-up in Austria, Policy Brief 2019/2. Wien: European Centre. Online verfügbar: <https://www.euro.centre.org/publications/detail/3435>, abgerufen am 02.02.2026.

Mayrhuber, Christine / Angel, Stefan / Fink, Marian / Rocha-Akis, Silvia / Weber, Friederike / Haindorfer, Raimund / Iby, Anna (2023). Das letzte soziale Netz. Wien: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK). Online verfügbar: https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-2585/s_2023_sicherungsnetz_71102_.pdf, abgerufen am 02.02.2026.

OECD (2023). Childhood socio-economic disadvantage in Austria. A snapshot of key challenges. OECD Papers on Well-being and Inequalities (23. November 2023). Online verfügbar: https://www.oecd.org/en/publications/childhood-socio-economic-disadvantage-in-austria_c05f13f8-en.html, abgerufen am 02.02.2026.

Riederer, Bernhard (2023). Die Einkommens- und Vermögenssituation von Familien. In Norbert Neuwirth, Isabella Buber-Ennser & Beat Fux, (Eds.), Familien in Österreich. Partnerschaft, Kinderwunsch und ökonomische Situation in herausfordernden Zeiten (p. 58). Online verfügbar: <https://doi.org/10.25365/phaidra.450>, abgerufen am 02.02.2026.

Sozialleistungen.at (2025). Sozialhilfe. Sozialstaat im Überblick. Online verfügbar: <https://www.sozialleistungen.at/b/Sozialhilfe>, abgerufen am 02.02.2026.

Spannagel, Dorothee / Seikel, Daniel / Schulze Buschoff, Karin / Baumann, Helge (2017). Aktivierungspolitik und Erwerbsarmut. WSI Report Nr. 36 (Juli 2017), Düsseldorf. Online verfügbar: https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-006616, abgerufen am 02.02.2026.

Statistik Austria (2025a). Tabellenband EU-SILC 2024 und Bundesländertabellen mit Dreijahresdurchschnitt EU-SILC 2022 bis 2024. Online verfügbar: https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/Tabellenband_EUSILC_2024.pdf, abgerufen am 02.02.2026.

Statistik Austria (2025b). Abgestimmte Erwerbsstatistik 2023. Personen, Arbeitsstätten, Gebäude und Wohnungen. Online verfügbar: https://www.statistik.at/fileadmin/publications/AEST-2023_Web_barrierefrei.pdf, abgerufen am 02.02.2026.

Volf, Irina / Sthamer, Evelyn / Laubstein, Claudia / Holz, Gerda / Bernard, Christiane (2019). Wenn Kinderarmut erwachsen wird... AWO-ISS-Langzeitstudie zu (Langzeit-)Folgen von Armut im Lebensverlauf. Endbericht der 5. AWO-ISS-Studie im Auftrag des Bundesverbands der Arbeiterwohlfahrt. Frankfurt a. M. 2019. Online verfügbar: <https://www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/downloads/Kurzfassung-Ergebnisse-AWO-ISS-Langzeitstudie.pdf>, abgerufen am 02.02.2026.

Impressum

Volkshilfe Österreich

Auerspergstraße 4
1010 Wien

Tel.: +43 (1) 402 62 09

office@volkshilfe.at

ZVR 767780029

www.volkshilfe.at | www.kinderarmut-abschaffen.at

Für den Inhalt verantwortlich

Erich Fenninger

Autor*innen

David Albrich, Hanna Lichtenberger, Jeremias Staudinger

Layout

Lea Panzenberger

Credits

Foto © istockphoto.com/shurkin_son

Druckerei

Wien Work-integrative Betriebe und AusbildungsgmbH

Stand

02/2026

volkshilfe.

www.volkshilfe.at